

Kommentar zur Berichterstattung zum SPD-Landesparteitag am 24. 11. 2018

Sicher, ein 17-jähriger, selbstbewusster junger Mann lässt sich bestimmt nicht gegen seinen Willen für eine Partei und deren Botschaft einspannen. Dennoch wirkt es ziemlich missbräuchlich, den Kaiserslauterer Jeremias Thiel ein Grußwort zu Beginn des SPD-Parteitages am 24. 11. 2018 sprechen zu lassen, um ihn dann vom Parteivorsitzenden wie auch von der Ministerpräsidentin als Beispiel für die in Rheinland-Pfalz vermeintlich gelungene und realisierte Bildungsgerechtigkeit den begeisterten Parteitagsdelegierten vorzuführen .

Es stimmt schon, Jeremias Thiel darf zu Recht als "Bildungsaufsteiger" bezeichnet werden, der schon als Kind voller Widerstandskraft sich aus seinen sozial äußerst schwierigen familiären Verhältnissen herauskämpfte, mit Hilfe des Jugendamtes im SOS-Kinderdorf Kaiserslautern leben konnte und das Glück hatte, an der IGS-KL unterrichtet und gefördert zu werden. Er "besucht inzwischen als Stipendiat die Oberstufe am UWC Robert Bosch College in Freiburg und plant ein Studium in Amerika", wie die Rheinpfalz in ihrem Bericht über den SPD-Parteitag mitteilt (Rheinpfalz am Sonntag/25. 11. 2018).

Alle Hochachtung also vor Jeremias Thiel, der seit seinem 14. Lebensjahr Mitglied der SPD ist und – aus seinem Redebeitrag erkennbar, soweit dies der Bericht hergibt – politisches Bewusstsein entwickelt hat und sich in seinem weiteren Lebensweg sicherlich politisch engagieren wird.

Einmal abgesehen davon, dass eine solche Inszenierung effekthascherische Züge aufweist und deren Regisseure nicht gerade für allzu viele Sensibilität mit dem Vorgezeigten stehen, muss doch gefragt werden, ob die rheinland-pfälzische SPD dem Ziel, ein gerechtes Bildungssystem zu installieren, schon so nah ist, dass ein solcher Auftritt sich rechtfertigen ließe.

Ich meine: Nein. Davon ist dieses Land, in dem seit 27 Jahren das Bildungsministerium von der SPD geleitet wird, noch meilenweit entfernt. Das räumt die Ministerpräsidentin an anderer Stelle auch selbst ein. Vor ihrem Wahlkreisbüro in Trier ließ sie vor nicht allzu langer Zeit ein großes Transparent aufhängen mit folgendem Text:

"Bildung – Brot für gutes Leben

- Die Chancen von Kindern aus der Oberschicht, ein Gymnasium zu besuchen, sind im Schnitt fünfmal höher als bei Kindern aus Facharbeiterfamilien.
- Jeder sechste junge Mensch zwischen 20 und 30 Jahren hat keinen Berufsabschluss.
- Kinder von Migrantinnen und Migranten sind besonders benachteiligt.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen gute und gerechte Bildungschancen für alle.

- Der Bildungserfolg darf nicht vom fehlenden Geldbeutel der Eltern abhängen.
- Gemeinsames längeres Lernen hilft allen.
- Niemand darf zurückgelassen werden.
- Dort, wo die SPD regiert, sorgen wir für gute Kitas, moderne Schulen und Hochschulen ohne Studiengebühren. Dies wollen wir auch in allen anderen Bundesländern durchsetzen."

Soweit Eingeständnis und Absichtserklärung der ersten Frau im Land. Die hier formulierten Feststellungen, die in den letzten zwanzig Jahren immer und immer wieder empirisch bestätigt wurden, werden als Probleme zwar anerkannt, aber politisch eben nicht behoben. Seit bald 30 Jahren regiert die SPD, aber wirklich ernsthaft hat sie sich noch nie entschieden, diese Ungerechtigkeiten zielstrebig zu beseitigen. Wir lesen vielmehr von wohlfeilen Ankündigungen, die ja nur einen Sinn ergeben, wenn sie wirklich im Zentrum der Politik stünden. Dass dies jedoch bestenfalls halbherzig geschieht, muss leider für die gesamte Regierungszeit der SPD festgestellt werden. Dies gilt insbesondere für das letzte Jahrzehnt, in dem die SPD in zwei Legislaturperioden – allein regierend und in Koalition mit den Grünen – viel mehr Bildungsgerechtigkeit hätte umsetzen können, wenn sie es wirklich gewollt hätte. Wie viele Chancen, die genannten Absichten einzulösen, wurden in dieser Zeit vergeben? Angefangen von der unfertigen "Strukturreform" mit der Einführung der RS plus, für die nun Werbemaßnahmen aufgelegt werden müssen, weil ihre Akzeptanz nicht stimmt, was Kritiker schon bei ihrer Einführung prognostizierten. Bei dieser sog. Reform wäre es ein echter Fortschritt gewesen, wenn die IGS allein im Zentrum des vermeintlichen Reformanliegens gestanden hätte. Deren bessere Gründungsmöglichkeiten wurden jedoch eher nebenbei und verdruckst geschaffen und inzwischen längst wieder durch im Grunde gesetzwidrige Vorgaben der ADD eingefangen. Es wundert also nicht, wenn seit 2013 keine IGS mehr gegründet wurde. Offensives Eintreten seitens der Landesregierung für die IGS als Schule für alle Kinder sucht man bis heute vergebens.

Die RS plus als Trägerin der sog. Strukturreform war von Anfang an kein Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit, sondern erhielt vielmehr ihren Platz und Auftrag im selektiv gegliederten Schulsystem als "Rücklaufbecken" aller im Gymnasium ausgesonderten Schülerinnen und Schüler. Man schaue sich nur die Zahlen der abgeschulten Schülerinnen und Schüler vom Gymnasium an, insbesondere diejenigen der Klassenstufen 5 – 7. Realschulen plus müssen oft zusätzliche Klassen bilden für Kinder, die vermutlich kaum froh gestimmt von den Gymnasien zu ihnen kommen. Diese Jugendlichen psychisch wieder so zu stärken, dass ihnen auch in ungewollter Umgebung wieder Lernerfolge möglich sind, ist dann erstmal zentrale Aufgabe der aufnehmenden RS plus. Diese sog. SI-"Reform" sollte das Schulsystem nicht hin zu mehr gemeinsamem und längerem Lernen verändern und enthielt zu dem jede Menge Möglichkeiten, Auslese innerhalb der RS plus zu ermöglichen und zu praktizieren. Dies zeigen auch die wieder steigenden Zahlen von Schulabgängern ohne Abschluss und ihre immer noch höchste Sitzenbleiberquote im Vergleich zu den anderen Schularten.

Auch die Zahlen der Kinder, die mit dem Signum, sie benötigen

"Sonderpädagogischen Förderbedarf", stigmatisiert werden, sind wieder am Steigen, obwohl die rheinland-pfälzische Bildungspolitik spätestens seit der Schulgesetznovelle von 2014 vollmundig behauptet, Inklusion im Sinne der UN-BRK realisieren zu wollen.

Fest steht jedoch: Die Politik hält am gegliederten System fest, einschließlich des ausdifferenzierten Förderschulwesens, das der Inklusionsforderung des Schulgesetz konträr gegenübersteht. Dieses System kann per se nicht gerecht sein, weil es viel zu früh gemeinsames Lernen beendet und Kinder auf nicht gleichwertige Schularten geschickt und damit soziale Benachteiligungen festgeschrieben werden. Es wird hingegenommen oder gar als richtig angesehen, dass der weitaus größte Teil der behinderten Kinder und Jugendlichen, nicht wenige von Beginn ihrer Schulzeit an, dauerhaft in der Parallelwelt der Förderschulen ihre Schulzeit verbringen.

Ich will diese Tatbestände nicht weiter ausführen, dazu bräuchte es mehr Raum, aber allein durch diese Andeutungen wird wohl deutlich, dass die Genossinnen und Genossen ihr Eigenlob, sie hätten Bildungsgerechtigkeit hierzulande bereits hergestellt, nicht so aufgeblasen vor sich her tragen sollten. Parteitage sollten stattdessen genutzt werden, ehrlich Bilanz zu ziehen, vor allem darüber, was noch getan werden muss, um Bildungsgerechtigkeit als absolut wichtigstes Ziel und Grundlage unserer Gesellschaft anzustreben, statt immer nur die größten Fehler und Schwächen der real existierenden selektiven Schule beseitigen zu müssen, seien es Lehrermangel, zu große Klassen in der Sekundarstufe I oder einer Lehrerbildung, die trotz aller Veränderungen immer noch im Gestern feststeckt. Es ist einfach unfair, man könnte es auch zynisch nennen, einen jungen Mann auftreten zu lassen und dessen Lebenslauf als Lob für das vermeintlich richtige eigene politische Tun zu missbrauchen. Wie dies passieren konnte in einer so erfahrenen Partei, ist mir ein Rätsel. Ich hoffe, sie schafft es im Nachhinein, darüber nachzudenken, statt sich dauerhaft am lauten Beifall zur Rede des gewiss bewundernswerten Jeremias Thiel zu berauschen. Ihm wünsche ich nachdrücklich ein erfülltes persönliches, berufliches und möglicherweise auch politisches Leben.